



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VII/2020/01783**  
Datum: 30.09.2020  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser:  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.10.2020	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	03.12.2020	öffentlich Vorberatung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	10.12.2020	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	20.01.2021	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	28.01.2021	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Förderung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle**

### Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Förderung soziokultureller Projekte und Einrichtungen in der Stadt Halle zu beenden, wenn diese extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen (z.B. Rote Hilfe oder Offenes Antifaplenum), direkt oder indirekt, beispielsweise durch das zur Verfügung stellen von Räumen für Veranstaltungen und Treffen, fördern und unterstützen oder in der Vergangenheit unterstützten.

gez. A. Raue  
Fraktionsvorsitzender AfD-Stadtratsfraktion

### **Begründung:**

In der Stadt wird durch vielfältige Projekte und viel Geld des Steuerzahlers, beispielsweise „Demokratieförderung im Quartier“, das Bewusstsein und die Akzeptanz für die freiheitlich demokratische Grundordnung gefördert. Ziel ist es gewaltbereiten, demokratiefeindlichen Strukturen in unserem Land und in unserer Stadt den Nährboden zu entziehen.

Es ist geradezu widersprüchlich, gleichzeitig Projekte und Einrichtungen zu fördern, die diese Anstrengungen konterkarieren indem sie unsere freiheitlich demokratische Grundordnung bekämpfen und diese abschaffen wollen.

Die direkte oder indirekte strukturelle Förderung solcher Bemühungen durch die Stadt ist hier ein Skandal.

Die entsprechenden Belege sind in den Verfassungsschutzberichten von Land und Bund zu finden. Sie sind außerdem von den Beteiligten selbst dokumentiert, entsprechende Anlagen sind angefügt. Weitere Informationen und Sachvorträge befinden sich in den Niederschriften der Ausschüsse KUOA, Finanzen und SGGA sowie des Stadtrates, in welchen vom Antragsteller im Monat September 2020 ausführlich berichtet wurde.



Stadt Halle (Saale)  
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

15.10.2020

**Sitzung des Stadtrates am 28.10.2020**

**Antrag der AfD-Fraktion zur Beendigung der öffentlichen Förderung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle**

**Vorlagen-Nummer: VII/2020/01783**

**TOP: 9.13**

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

**Begründung**

Die von der Fraktion beantragte Beendigung von soziokulturellen Projekten oder Einrichtungen, die im Verfassungsschutzbericht 2019 als extremistische oder verfassungsfeindliche Organisationen aufgeführt werden, ist obsolet, da keine Förderungen mit diesen bestehen.

Sollte die Verwaltung entsprechend Kenntnis erlangen, wird sie ein Verfahren zur Beendigung der Förderung einleiten. Sollten der Fraktion konkrete Hinweise vorliegen, bittet die Verwaltung um Mitteilung.

Katharina Brederlow  
Beigeordnete